

Kommunalaufsicht des Landkreises Teltow-Fläming
über
Gemeinde Am Mellensee
Bürgermeister

Am Mellensee, den 19. Februar 2021

Beschluss-Nr. 196/20/2020 sowie den damit verbundenen Beschluss Nr. 195/20/2020 (BSV 72/18/2020 - Sitzungen kommunaler Vertretungskörperschaften) vom 16.11.2020 sowie den am 09.02.2021 bestätigte Beschluss 213/19/2021

Stellungnahme zur Beanstandung des Bürgermeisters vom 8. Dezember 2020 sowie der erneuten Beanstandung vom 18. Februar 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Beanstandung des Bürgermeisters ist unbegründet.

Die Beschlüsse verletzen das geltende Recht nicht. Nach § 55 Abs. 1 BbgKVerf hat der Bürgermeister Beschlüsse der Gemeindevertretung zu beanstanden, wenn er die Auffassung vertritt, dass sie rechtswidrig sind.

Beschlusstext: „Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt gemäß § 21 Verordnung über befristete Eindämmungsmaßnahmen aufgrund des SARS-COV-2- Virus und COVID-19 im Land Brandenburg (SARS-CO-2-Eindämmungsverordnung SARS-CoV-2-EindV) vom 30.10.2020 ihre und die

Sitzungen ihrer Gremien bis auf weiteres als Mischform von Präsenz und virtueller Teilnahme durchzuführen. Die Hardware-Voraussetzungen im Home-Bereich für die virtuelle Teilnahme der Gemeindevertreter*innen werden von diesen selbst gestellt, die entsprechende Software sowie die Hardware für die öffentliche Übertragung (LiveStream und Beamer für die Projektion der virtuell Teilnehmenden) stellt der IT-Bereich der Gemeinde zur Verfügung. Auf der Internetseite wird am Tag der Sitzung ein entsprechender Link zur Verfügung gestellt."

Grundsätzlich finden die Sitzungen der Gemeindevertretung nach § 36 Abs. 1 BbgKVerfG öffentlich statt.

Gemäß § 1 des Gesetzes zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der brandenburgischen Kommunen in außergewöhnlicher Notlage (Brandenburgisches kommunales Notlagegesetz - BbgKomNotG) vom 15. April 2020 hat der Landtag aufgrund der sich ausbreitenden Pandemie SARS-CoV-2 eine landesweite außergewöhnliche Notlage festgestellt. Gemäß § 2 Abs. 3 Ziffer 2 dieses Gesetzes werden aufgrund der Notlage Abweichungen von der Pflicht, Sitzungen der Gemeindevertretung und des Hauptausschusses als Präsenzsitzungen durchzuführen, ermöglicht.

Nach § 2 Abs. 1 der Verordnung zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der kommunalen Organe in außergewöhnlicher Notlage (Brandenburgische kommunale Notlagenverordnung - BbgKomNotV) vom 17. April 2020 stehen der Gemeindevertretung in der Notlage die Möglichkeiten der §§ 5 bis 7 zur Durchführung von Sitzungen zur Verfügung. Dabei hat sie zu prüfen, ob ihr unter Anwendung dieser Möglichkeiten die ordnungsgemäße Durchführung einer Sitzung möglich ist.

Mit den beanstandeten Beschlüssen hat die Gemeindevertretung nach § 4 Abs. 1 BbgKomNotV beschlossen, zur Eindämmung von Infektionsübertragungen ihre und die Sitzungen des Hauptausschusses und ihrer Gremien bis auf weiteres als Mischform von Präsenz und virtueller Teilnahme durchzuführen.

§ 7 der BbgKomNotV erlaubt unter diesen Voraussetzungen die Durchführung der Sitzungen der Gemeindevertretung oder des Hauptausschusses, bei denen die gemeinsame Beratung und Beschlussfassung unter Nutzung von Bild- und Tonübertragungen unabhängig vom Sitzungsort erfolgt als sogenannte Videositzungen. Der beanstandete Beschluss sieht zur Wahrung der Möglichkeit der direkten Sitzungsteilnahme am Ort der Sitzung durch Gemeindevertreter und die Öffentlichkeit vor, die Sitzungen für die Dauer der Notlage i. S. d. § 1 des BbgKomNotG in hybrider Form durchzuführen. Damit ist gemäß § 9 Abs 2 BbgKomNotV gewährleistet, dass Presse, Rundfunk und ähnliche Medien und die

interessierte Öffentlichkeit in öffentlich zugänglichen Räumlichkeiten die Sitzung zeitgleich verfolgen können.

Der durch die Gemeindevertretung gefasste und nach Prüfung der Beanstandungsgründe bestätigte Beschluss stellt keine Einschränkung für die Öffentlichkeit dar, die Präsensteilnahme bleibt weiterhin gesichert. Lediglich die Übertragung des Bildes und/oder Tones des virtuell Teilnehmenden in den Sitzungsraum, also auch für die Öffentlichkeit, muss gewährleistet werden.

Entsprechend hat die Gemeindevertretung beschlossen, dass der IT-Bereich der Gemeinde die entsprechende Software sowie die Hardware für die öffentliche Übertragung (Laptop und Beamer für die Projektion der virtuell Teilnehmenden) zur Verfügung stellt, während die Gemeindevertreter Brandenburg die Hardware-Voraussetzungen im Home-Bereich für die virtuelle Teilnahme selbst stellen.

Nach § 21 BbgKomNotV wird das Selbstorganisationsrecht durch die BbgKomNotV gewährleistet.

Die Beanstandungen des Bürgermeisters negieren die Voraussetzungen für die Durchführung der Gremienversammlungen der Gemeindevertretung in Form von sog. Hybridsitzungen zunächst damit, dass vor der Beschlussfassung eine Prüfung nach den anzuwendenden Möglichkeiten für die Durchführung einer ordentlichen Sitzung erfolgen müsste. Dabei nimmt er auf § 2 Abs. 1 BbgKomNotV Bezug.

Regelungsinhalt von § 2 Abs. 1 Satz 2 BbgKomNotV ist die Aufrechterhaltung des Sitzungsbetriebs unter Pandemiebedingungen, bevor anderenfalls die Sitzungen entfallen müssten.

Diese Prüfung hat die Gemeindevertretung vorgenommen und sich für die Durchführung ihrer Gremiensitzungen in der dargestellten Art und Weise entschieden.

Die Sicherstellung der notwendigen technischer Ressourcen obliegt nach dem Beschlusstext der Verwaltung, wie sie auch sonst für die Ausstattung der Sitzungen zu sorgen hat.

Mit der Durchführung von Hybridsitzungen wird auf spezifische und zweckmäßige Weise gewährleistet, dass die Öffentlichkeit der Sitzungen gewährleistet bleibt, einschließlich der Durchführung der Einwohnerfragestunde durch vor Ort anwesende

Bürger und zugleich der Gesundheitsschutz aller Teilnehmenden entsprechend der Kontaktbeschränkungsregeln höchste Priorität erhält.

Nach Auffassung der Kommunalaufsicht des Landes ist die Durchführung von Hybridsitzungen nach § 5 Abs. 2 BbgKomNotV grundsätzlich zulässig (vgl. Steffen Hanne, Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg, Ref.31, E-Mail von 14. Dezember 2020).

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung hat nach § 5 Abs. 2 Satz 1 BbgKomNotV grundsätzlich zugelassen, dass einzelne Sitzungsteilnehmer auf begründeten Antrag hin per Video oder Audio an der Sitzung teilnehmen.

Durch die Verfügungstellung eines Links auf der Internetseite der Gemeinde ist sichergestellt, dass Gemeindevertreter jederzeit die Möglichkeit haben, sich aktiv in die Sitzung einzuwählen, um die Beschlussfähigkeit des Selbstverwaltungsorganes sicherzustellen. Damit kann gewährleistet werden, dass auch die Gemeindevertreter an der Sitzung teilnehmen können, die sonst aufgrund pandemiebedingter Umstände an einer Teilnahme vor Ort – Selbstquarantäne, amtlich angeordnete Quarantäne, Mitglieder in Risikogruppen, Tätigkeit in Betreuungsberufen mit besonderer Infektionsgefahr und dergleichen – gehindert wären und somit ihrer Pflicht als Gemeindevertreter gemäß § 31 Abs. 1 BbgKVerf nachzukommen.

Der Beschluss sieht eine allgemeine Übertragung der Sitzung – etwa auf einem Youtube-Kanal oder über die Website der Gemeinde - nicht vor. Livestream im Sinne des Beschlusses ist die Echtzeit-Übertragung von Bild und Ton von den nicht am Sitzungsort anwesenden Gemeindevertretern an den Sitzungsort sowie zumindest die Tonübertragung in umgekehrter Richtung.

Wie bereits ausgeführt, haben die Sitzungen der Gemeindevertretung und ihrer Gremien grundsätzlich öffentlich zu sein, d.h., jeder an der Sitzung Teilnehmende ist sich bewusst, dass sie bzw. er in der Öffentlichkeit steht und erkennbar ist. Insbesondere die virtuell zugeschalteten Gemeindevertreter haben ihr Einverständnis für die Übertragung durch den Beschluss und spätestens durch das Einwählen in den Sitzungsraum erteilt. Ein Verstoß gegen die DSGVO kann folglich nicht erkannt werden. Der Teilnehmerkreis wird insgesamt nicht erhöht, da nur eine Übertragung an die nicht anwesenden Gemeindevertreter erfolgen soll.

Auch der Einwand des fehlenden Haushaltsansatzes bzw. Finanzierungsvorschlages greift bei vorliegendem Beschluss aus verschiedenen Gründen nicht. Zum einen hat sich die Gemeindevertretung unter Berücksichtigung der knappen Mittel der

Gemeinde verpflichtet, die Hardware im Home-Bereich selbst zu stellen, zum anderen verfügt die Verwaltung sowohl über mindestens ein Laptop als auch über mindestens einen dort anschließbaren Beamer. In verschiedenen Sitzungen wurde davon bereits Gebrauch gemacht, eine Beschaffung ist also nicht notwendig. Die Wände der Sporthalle, die uns als Sitzungssaal dient, wäre als Projektionsfläche geeignet, aber auch über eine Leinwand verfügt die Gemeinde. Lediglich die Auswahl der zu benutzenden Videokonferenz-Software könnte finanzielle Auswirkungen haben. Vermutlich als Geschäft der laufenden Verwaltung – die Gemeindevertretung ist bisher nicht eingebunden worden – wird an eine Videokonferenz-Lösung für die Verwaltung inklusive Kinderbetreuungseinrichtungen gearbeitet, somit entstehen Synergien. Sollten dennoch Ausgaben zu erwarten sein, so ist der Bürgermeister gehalten, eine Beschlussvorlage für eine außerplanmäßige Ausgabe vorzubereiten und unverzüglich vorzulegen, denn die Sicherstellung der Durchführbarkeit der Sitzungen obliegt ihm.

Die in der Beanstandung vom 08. Dezember 2020 vorgetragenen Gründe wurden in der Sitzung der Gemeindevertretung am 09.02.2021 erörtert. Im Anschluss wurde der Beschluss erneut gefasst, da eine Rechtswidrigkeit nicht nachgewiesen werden konnte. Eines Beschlusses über die Stellungnahme, wie in der erneuten Beanstandung vom 18.02.2021 gefordert, bedarf es daher nicht.

Wir Gemeindevertreter können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass die Beanstandung das Ziel verfolgt, die ordnungsgemäße Tätigkeit der Vertretung unter Ausnutzung der Pandemiebedingungen zu behindern und Kompetenzen über Gebühr auf den Hauptausschuss oder gar nur den Hauptverwaltungsbeamten zu verschieben.

Freundliche Grüße

gez.

Maik Tscherwinka

Vorsitzender der Gemeindevertretung



Judith Kruppa

Stellv. Vorsitzende der Gemeindevertretung

Fraktionsvorsitzende der Einreicher